

Eigentum stärken – Freiheit erhalten



Gegen Enteignung, für den Schutz der Privatsphäre

Die Garantie des privaten Eigentums gehört zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlichdemokratischen Staates. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Bürger über ihre erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Dazu gehört, dass der Staat seinen Bürgern möglichst viel Geld im Portemonnaie zu deren freien Verfügung belässt. Immer wichtiger wird aber auch die Verteidigung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Den gläsernen Bürger darf es nicht geben.



“ Ich will selbst bestimmen, was ich mit meinem Lohn mache. Der Staat soll sich um seine Kernaufgaben kümmern – und mich ansonsten in Ruhe lassen. Senkt die Steuern und Abgaben, damit uns, den Familien, dem Mittelstand mehr Geld bleibt. ”

Gegen linke Umverteilung

Wer arbeitet und selbstverantwortlich etwas Geld zur Seite gelegt hat und auch später noch etwas von seinem Ersparten haben will, hat allen Grund, die linke Politik zu bekämpfen. Denn die meisten ihrer Vorstösse zielen darauf ab, an mehr Geld der anderen zu kommen, den Menschen Eigentum wegzunehmen und dieses umzuverteilen. Niemand denkt materialistischer und eigennütziger als die politische Linke, die jedes Problem mit dem Geld der Anderen lösen will. Egal ob Ausländerintegration, Frühpensionierung, Betreuungsplätze, Kinderkrippen, Tagesschulen, Elternurlaub oder sozialer Wohnungsbau: Alles ist für die Linke eine Frage des Geldes, über das die Classe politique verfügen darf und das umverteilt werden muss.

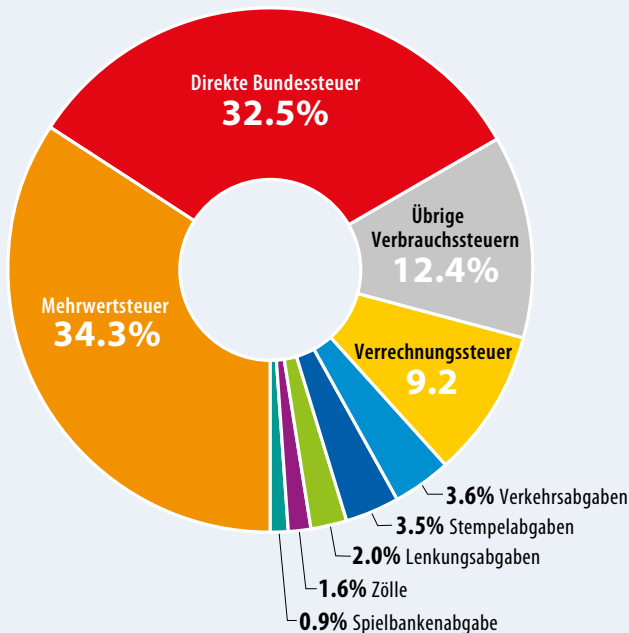
Der Staat wächst und wächst

Der Staat ist in den vergangenen Jahren immer grösser geworden und hat die Regulierungsdichte stark erhöht. Wir arbeiten einen immer grösseren Teil des Jahres, um für Steuern, Abgaben und Gebühren aufkommen zu können. Immer mehr Aufgaben, die vormals privat gelöst wurden, übernimmt der Staat. Sechs Monate im Jahr arbeiten wir für den Staat. Damit liegt die Schweiz über dem Schnitt der OECD-Länder.

Mehr Freiheit für Wohneigentum

Das Eigentum der Schweizer wird nicht nur über die zunehmende Steuer- und Abgabenlast bedroht. Auch der Erwerb von Wohneigentum wird durch zunehmende staatliche Auflagen und Einschränkungen bedroht. Dies schadet auch den

66.3 Milliarden CHF Steuern alleine für den Bund im Jahr 2018

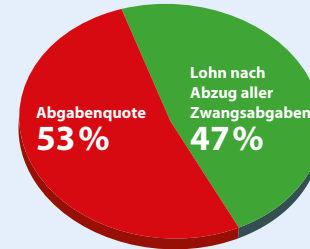
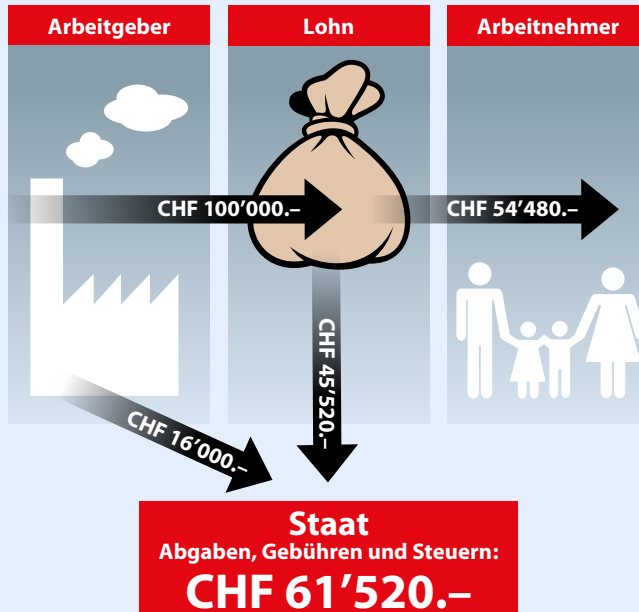


Quelle: Voranschlag 2018

Mietern, denn nur so lange sich das Investieren, Bauen und Renovieren lohnt, entsteht auch genügend Wohnraum zu angemessenen Preisen. Das Spiel des freien Marktes wird im heutigen Mietrecht durch eine Überreglementierung jedoch

stark eingeschränkt. Dazu kommen immer neue Auflagen beim Bauen im Bereich Energie, Sicherheit und Gebühren/ Abgaben, die das Wohnen für alle verteuern.

Paar mit zwei Kindern arbeitet über 6 Monate nur für den Staat!



Effektiver Lohn für ein Paar mit zwei Kindern:	116'000.00 CHF
Arbeitgeber-Prozente	
(AHV, IV, EO, ALV, Pensionskasse, Unfall- und Nichtberufsunfallversicherung, Familienzulagen)	- 16'000.00
Arbeitnehmer-Prozente	- 14'000.00
Krankenkassenprämien	- 11'500.00
Einkommenssteuer im Landesdurchschnitt	- 8'700.00
Direkte Bundessteuer	- 220.00
Mehrwertsteuer auf Konsumausgaben (Nahrungsmittel, Ferien, Restaurants, Telefon, Kleider, Möbel, Zeitungsabonnement usw.) von rund 40'000 Franken	- 3'000.00
Motorfahrzeug- und Mineralölsteuer, Autobahnvignette, Importzoll für Auto	- 1'500.00
Tabaksteuer (1 Pack Zigaretten pro Tag)	- 1'600.00
Diverse Gebühren und Abgaben (Kehricht- und Abwasserentsorgung, Stempelabgabe, Krankenzusatzversicherung, Billettsteuern, Alkoholsteuer, Hundesteuer, Selbstbehalte bei den Gesundheitskosten usw.)	- 5'000.00
Lohn nach Abzug aller Zwangsabgaben	54'480.00 CHF
Abgabenquote	53%

Immer weniger Privates

Neben dem Eigentum wollen uns Linke und andere Staatsgläubige auch die Privatsphäre wegnehmen: Abschaffung des Bankkundengeheimnisses, automatischer Informationsaustausch, Einschränkung des Bargeldverkehrs, Überwachung auf Schritt und Tritt. Der Staat greift immer unverfrorener in unser Privatleben ein. Ziel ist es dabei stets, die Bürger zu erziehen und ihnen noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Die SVP nimmt dies nicht hin.

Die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ist vielmehr zu achten und zu schützen. Ebenso vehement kämpft die SVP für den Erhalt des Bankkundengeheimnisses in der Schweiz und

gegen immer mehr Möglichkeiten der Behörden, in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen und diese zu überwachen und zu verletzen.

Eigentum stärken

Die SVP setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass die Bürger über ihre rechtmässig erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie und wohlhabende Gesellschaft möglich. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, sind bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet.

Weniger staatliche Umverteilung

Ebenso kämpft die SVP gegen noch mehr Umverteilung. Im Sinne eines liberal ausgeprägten, auf Eigenverantwortung setzenden Staates soll jeder Bürger sein Eigentum und sein Geld möglichst frei so einsetzen können, wie er selber es für richtig hält. Die SVP will keinen Staat, der den Bürgern ihr sauer verdientes Geld aus der Tasche zieht und es umverteilt – auch dann nicht, wenn die Idee dahinter noch so gut gemeint sein mag. Jeder Bürger weiss selber am besten, wo und wie er sein Geld eigenverantwortlich verwenden will. Wird dieses Prinzip weiter unterhöhlt, führt dies in den Sozialismus, in dem der Staat den Bürgern das Eigentum für die von ihm gesetzten Zwecke wegnimmt.



Weniger Bürokratie im Planungs- und Baurecht

Im Immobilienbereich verlangt die SVP eine Lockerung der mietrechtlichen Bewirtschaftungsvorschriften und der Mietzinskontrolle. Die SVP fordert, dass Haus- und Wohnungseigentum durch steuerliche Anreize gefördert werden. Die

heutige Eigenmietwertbesteuerung entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung und gehört deshalb abgeschafft. Den staatlichen sozialen Wohnungsbau lehnt die SVP ab. Sozialer Wohnungsbau führt immer zu wettbewerbsverzerrenden Effekten, die sich negativ auf private Investitionen auswirken.

Standpunkte

Die SVP ...

- steht ein für möglichst wenig staatliche Eingriffe und Vorschriften;
- hält den Schutz des privaten Eigentums hoch;
- bekämpft Tendenzen zur Einschränkung der Verwendung von Bargeld und den Rückgriff des Staates auf Sparguthaben sowie Pensionskassengelder;
- setzt sich gegen eigentumsfeindliche Regelungen im Miet- und Baurecht sowie im Immobilienbereich ein;
- befürwortet die Abschaffung der eigentumsfeindlichen Eigenmietwertbesteuerung;
- will eine Abflachung der Progressionssätze bei der Besteuerung;
- verteidigt das geistige Eigentum als wichtige Grundlage des Forschungs- und Produktionsstandortes Schweiz;
- setzt sich für den Schutz der Privatsphäre und gegen eine ausufernde staatliche Überwachung ein.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Bürger Selbstbestimmungsrecht;
- ✓ als Familie mehr zum Leben;
- ✓ als Erwerbstätiger oder Rentner weniger Belastung durch Steuern und Abgaben;
- ✓ als Hauseigentümer die Sicherung meines Eigentums;
- ✓ als Bankkunde den Schutz meiner Privatsphäre;
- ✓ als Unternehmer den verdienten Lohn aus meinen Entwicklungen und Innovationen;
- ✓ als Pensionskassen-Versicherter die Sicherheit, dass mein einbezahltes Kapital mir gehört.